



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra



Identitätsverbund
Schweiz – IDV

Identitätsverbund Schweiz

Bericht über die Stellungnahmen zum Situationsbericht und zur Trägerschaft

Bern, Oktober 2018

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Umfrage	4
3	Teilnahme an der Umfrage	5
4	Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	7
4.1	Grundsätzliche Beurteilung des IDV-Schweiz	7
4.2	Technisches Konzept.....	8
4.3	Sicherheit und Datenschutz	9
4.4	Kosten des Projekts	9
4.5	Organisation und Trägerschaft.....	10
4.6	Synergien zu anderen Projekten.....	11
5	Anhang I: Liste der Teilnehmer an der Umfrage.....	12
6	Anhang II: Liste der Organisationen, die an den Gesprächen zur Trägerschaft von IDV teilnehmen wollen	14

1 Einleitung

Der Identitätsverbund Schweiz (IDV) ist ein strategisches Projekt des Schwerpunktplans von E-Government Schweiz. Die projektverantwortliche Organisation ist das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO).

Der IDV Schweiz vereinfacht die Anmeldung bei elektronischen Behördenleistungen für Einwohnerinnen und Einwohner, Unternehmen sowie wie für die Mitarbeitenden von Behörden zur elektronischen Zusammenarbeit über Behördengrenzen hinweg. Das Innovationsprojekt kann potentiell einen nationalen Basisinfrastrukturdienst darstellen. In den vergangenen zwei Jahren haben kantonale Vertreter und interessierte Bundesstellen gemeinsam das Projekt konzipiert. Seit Anfang 2018 steht die Lösung ("Broker 1.0") für Tests und Pilotanwendungen bereit.

Der Identitätsverbund ist ein Cloud-Dienst, der zwei gängige Probleme der öffentlichen Verwaltung im Bereich E-Government zu lösen vermag:

- a) Vereinfachung des Zugangs zu elektronischen Behördendiensten für Private (vereinfachter Anmelde-Prozess)
- b) Vereinfachung bei der elektronischen Zusammenarbeit unter den Behörden.

Der Broker 1.0 von IDV-Schweiz wurde in enger Abstimmung zwischen Bund und Kantonen entwickelt. Er ist die Grundlage für das Konzept des «LOGIN-PLUS» Buttons, der eine Anmeldung über fremde Anmeldedienste (Identity Provider, IdP) ermöglichen wird. Der Benutzer kann sich dadurch mit einem bestehenden Behördenlogin auch bei anderen Diensten anmelden. Der IDV Schweiz zeigt dem Benutzer nur solche Anmeldedienste an, die von den Behörden zugelassen werden und die den sicherheitstechnischen, organisatorischen und anderen Anforderungen der Behörden genügen.

Der IDV Broker ist konfigurierbar und kann auf die Bedürfnisse von unterschiedlichen Benutzergruppen zugeschnitten werden. Beispielsweise sind die Rahmenbedingungen und Anforderungen an die Identitätsvermittlung im Bildungswesen anders als in der öffentlichen Verwaltung zwischen Gemeinden und Kantonen, um nur ein Beispiel zu nennen. IDV Schweiz ist so aufgebaut, dass unterschiedlichen Benutzergruppen ihren eigenen virtuellen IDV-Dienst verwenden und für ihre Bedürfnisse anpassen können (sog. Domänenkonzept).

IDV Schweiz setzt ein flexibles Qualitäts- und Vertrauensmodell um, das die potentiell unterschiedlichen Sicherheitsanforderungen von Benutzergruppen (Domänen) abdecken kann. Für die Benutzergruppe der Behördenmitarbeiter(innen) wurde in Zusammenarbeit mit den im Projekt aktiven Kantonen ein Qualitätsmodell für die Identifizierung und Authentisierung entwickelt, das die zweite Sicherheitsstufe (LOA 2) gem. dem eCH-0170 Standard umsetzt.¹

Der IDV Schweiz kann ein Infrastrukturdienst für Kantone und andere Akteure bieten, der sicher und ständig verfügbar ist. Interessierte Kantone und Behörden sind eingeladen eine Trägerschaft zu gründen, die anschliessend der SIK/eOperations den Auftrag zum operativen Betrieb erteilen kann. Die Kosten des Betriebs werden gegenwärtig auf jährlich rund 2 Mio. CHF veranschlagt. Eine Skalierung des IDV Schweiz auf weitere Behörden verursacht als Folge des Domänenkonzepts nur noch geringe Zusatzkosten.²

Das SECO übernahm die Verantwortung für die Konzipierung dieses Dienstes mit dem Ziel, nach Projektende den Betrieb an eine Trägerorganisation zu übergeben. Diese Trägerschaft von Nutzer-Organisationen, die die Finanzierung regelt und eine Betriebsorganisation aufbaut, kann nun etabliert werden.

¹ Bericht Situationsanalyse IDV Schweiz v1.0, Kapitel 1.4

² Konzept Trägerschaft IDV Schweiz, Version 0.91 vom 21.12.2017. Die Studie kann auf der Seite www.idv-fsi.ch heruntergeladen werden.

Zur Ermittlung interessierter Institutionen, die die Trägerschaft von IDV Schweiz realisieren möchten, wurden vier kantonale Konferenzen, das Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB) und zwei Schweizer Dachverbände (siehe Kapitel 3, unten) zur Mitwirkung eingeladen. Die Umfrage erfolgte mit dem Ziel, Absichtserklärungen für die Teilnahme an Gesprächen zur Konstituierung der Trägerschaft zu erhalten. Die Teilnahme an den Gesprächen ist mit keiner definitiven Zusage zur Trägerschaft verbunden.

Die angeschriebenen Institutionen waren aufgefordert, innerhalb von 3 Monaten die Unterlagen an ihre Mitglieder weiterzureichen und Stellungnahmen abzugeben. Eingabeschluss war am 1. August 2018. Bis zu diesem Zeitpunkt gingen 39 Stellungnahmen, davon 2 eingeladene Adressaten, ein.

Der vorliegende Bericht gibt einen wertungsfreien Überblick über die eingegangenen Stellungnahmen. Die Liste der an den Gesprächen zur Trägerschaft interessierten Institutionen befindet sich im Anhang.

Die Situationsanalyse, die der Umfrage zu Grunde lag, die vorliegende Auswertung der Stellungnahmen sowie die Studie zur Trägerschaft des IDV Schweiz sind auf der Internetseite³ des IDV-Schweiz abrufbar.

2 Umfrage

Das Schreiben vom 23. April 2018 wurde vom Staatssekretariat für Wirtschaft SECO sowie der Geschäftsstelle E-Government Schweiz an die Institutionen gesendet. Im Folgenden wird der Inhalt des Schreibens wiedergegeben:

«Sehr geehrte Damen und Herren

Der Identitätsverbund Schweiz (IDV) ist ein strategisches Projekt des Schwerpunktplans von E-Government Schweiz. Es steht unter der Federführung des SECO.

Der IDV Schweiz vereinfacht die Anmeldung bei elektronischen Behördenleistungen für Einwohnerinnen und Einwohner sowie für Unternehmen ebenso wie für die Mitarbeitenden von Behörden bei ihrer elektronischen Zusammenarbeit über Behördengrenzen hinweg. Es handelt sich um einen nationalen Basisinfrastrukturdienst, der in gemeinsamer Entwicklungsarbeit mit kantonalen Vertretern und interessierten Bundesstellen in den vergangenen zwei Jahren aufgebaut worden ist. Seit Anfang 2018 steht die Lösung für Tests und Pilotanwendungen bereit. Im beiliegenden Situationsbericht sowie auf der Projektwebseite www.idv-fsi.ch finden Sie weitere Informationen, u.a. ein erklärendes Video.

Das SECO übernahm die Verantwortung für den Aufbau dieses Dienstes mit dem Ziel, bei Projektende den Betrieb an eine Trägerorganisation zu übergeben. Diese Trägerschaft von Nutzer-Organisationen, welche die Finanzierung regelt und eine Betriebsorganisation bestimmt, soll nun etabliert werden. Als Betriebsorganisation kommt eOperations Schweiz infrage - eine Organisation, welche die Schweizerische Informatikkonferenz (SIK) im Rahmen des Schwerpunktplans E-Government Schweiz auf- und ausbaut.

Mit diesem Schreiben wenden wir uns an einen breiten potentiellen Nutzerkreis. Kantone, Städte, Gemeinden aber auch einzelne Ämter aller Staatsebenen oder interkantonale Fachorganisationen etc. sind eingeladen, ihr grundsätzliches Interesse an einer Teilnahme an der Trägerschaft IDV Schweiz zu signalisieren. Wir bitten die angeschriebenen kantonalen Konferenzen um Weiterleitung des Schreibens an ihre Mitglieder.

³ www.idv-fsi.ch

Für eine Teilnahme an den Gesprächen zur Konstituierung der Trägerschaft wird vorausgesetzt, dass die gemeldeten Organisationen grundsätzlich eine Nutzung des IDV Schweiz beabsichtigen, rechtsfähig sind (d.h. mit der Betriebsorganisation einen Dienstleistungsvertrag abschliessen können) und über eine gewisse Budgethoheit verfügen, um sich an den künftigen Betriebskosten zu beteiligen.

Das Ziel der vorliegenden Anfrage ist, Absichtserklärungen zur Teilnahme an den Gesprächen über die Konstituierung einer Trägerschaft zu erhalten. Wir sind uns bewusst, dass eine solche positive Antwort noch keine definitive Zusage zur Trägerschaft darstellt.

Bitte richten Sie Ihre Antwort per E-Mail bis spätestens am 1. August 2018 an folgende E-Mail-Adresse: IDV@seco.admin.ch unter Benennung der Organisation und Ansprechperson (Name, Vorname, Funktion und E-Mail-Adresse). Pro Kanton/Gemeinde können sich auch mehrere Ämter melden.

Falls Sie während der Frist zur Stellungnahme eine Präsentation vor Ort wünschen oder Fragen technischer Natur haben, steht Ihnen der Projektleiter IDV Schweiz, Herr Marc Zweacker (IDV@seco.admin.ch), zur Verfügung.

Nach Ablauf der Frist werden die Antworten analysiert und in einem kurzen Bericht zusammengefasst. Im zweiten Halbjahr 2018 laden wir die interessierten Organisationen, bzw. die genannten Ansprechpersonen, zu einer ersten Sitzung ein. Ziel ist, bis 2019 eine Trägerschaft zu konstituieren.»

3 Teilnahme an der Umfrage

Die Umfrage mit den entsprechenden Unterlagen wurde folgenden Institutionen zugestellt:

- Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB)
- Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK)
- Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)
- Schweizerische Informatikkonferenz (SIK)
- Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)
- Schweizerischer Gemeindeverband (SGV)
- Schweizerischer Städteverband (SSV)

Diese waren gebeten, die Unterlagen innerhalb ihrer Institution den Mitgliedern weiterzuleiten.

Von den direkt angeschriebenen Adressaten haben sich der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) und der Schweizerische Städteverband (SSV) mit einer Stellungnahme ihrer Mitglieder geäußert.

Zusätzlich sind folgende 37 Stellungnahmen eingegangen:

- Kantone:
Kanton Appenzell Ausserrhoden (AR), Kanton Basel-Landschaft (BL), Kanton Basel-Stadt (BS), Kanton Bern (BE), Kanton Freiburg (FR), Kanton Genf (GE), Kanton Glarus (GL), Kanton Graubünden (GR), Kanton Jura (JU), Kanton Luzern (LU), Kanton Neuenburg (NE), Kanton Nidwalden (NW), Kanton Obwalden (OW), Kanton Solothurn (Staatskanzlei) (SO), Kanton Uri (UR), Kanton Waadt (VD), Kanton Zürich (ZH)
- Bundesämter und Departemente:
Arbeitslosenversicherung (ALV), Schweizerisches Bundesarchiv - Projekt Open-Government-Data (BAR), Bundesamt für Informatik (BIT), Bundesamt für Sozialversicherung (BSV), Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB), Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), Eidgenössisches De-

partement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS)

- Gesamtschweizerische Dachverbände:
IG ICT Zürcher Gemeinden (IG ICT), Schweizerische Städte- und Gemeindeinformatik (SSGI), Verein Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute (VZGV)
- Städte und Gemeinden:
Stadt Bern (BE St.), Stadt Genf (GE St.), Stadt Luzern (LU St.), Stadt Sion (SI St.), Stadt Winterthur (WIN St.), Stadt Zürich (ZH St.)
- Weitere interessierte Kreise:
SWITCH edu-ID (SWITCH)

Adressaten und eingegangene Stellungnahmen:

	Einladung zur Stellungnahme	Eingegangene Stellungnahmen
Kantonale Konferenzen (SIK, FDK, KKJPD, EDK)	4	0
Kantone	0	17
Bundesämter und Departemente (ISB)	1	10
Gesamtschweizerische Dachverbände	2	5
Städte und Gemeinden	0	6
weitere interessierte Kreise	0	1
Total	7	39

Das Verzeichnis der Teilnehmenden an der Umfrage befindet sich im Anhang.

Der Ergebnisbericht bildet alle eingereichten Stellungnahmen ab und fasst deren Inhalte werbungsfrei zusammen.

4 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

4.1 Grundsätzliche Beurteilung des IDV-Schweiz

Das Projekt «Identitätsverbund Schweiz (IDV Schweiz)», wie es in der Situationsanalyse⁴ beschrieben wird, findet eine breite Zustimmung. 32 der 39 Teilnehmer unterstützen die Absicht, die elektronische Zusammenarbeit unter Behörden sowie den Login-Prozess für Private über den IDV zu vereinfachen. Von den befürwortenden Teilnehmern wollen 21 an der ersten Gesprächsrunde teilnehmen, wobei 2 über die weitere Teilnahme an den Gesprächen im Nachgang der ersten Sitzung entscheiden werden und 1 Teilnehmer sich intern mit dem SECO abstimmen will. 7 Teilnehmer unterstützen das Vorhaben nicht und lehnen eine Teilnahme an den Gesprächen zur Trägerschaft ab.

32 Teilnehmer (ALV, BAR, BE, BE St., BIT, BS, BSV, ESTV, FR, GE, GL, IG ICT, ISB, LU, LU St., NE, NW, OW, SBFI, SI St., SO, SSGI, SSV, SWITCH, UR, UVEK, VD, VZGV, WIN St., ZAS, ZH, ZH St.) unterstützen grundsätzlich das Projekt IDV-Schweiz und dessen Absicht, die elektronische Zusammenarbeit unter Behörden sowie den Login-Prozess für Private zu vereinfachen.

Von den 32 zustimmenden Teilnehmern sind 11 Teilnehmer (FR, GE, NE, NW, OW, SO, SSGI, SSV, SWITCH, VD, VZGV) nicht an der ersten Gesprächsrunde zur Konstituierung der Trägerschaft interessiert. Der Kanton Freiburg orientiert sich an der bereits etablierten Lösung SwissID⁵. Der Kanton Genf würde eine Neuorientierung des Projekts auf politischer Ebene begrüssen bevor er an Gesprächen teilnehme. Der Kanton Neuenburg gibt in seiner Absage keine Begründung an. 3 Teilnehmer (NW, OW, SSGI) geben an, nicht teilnehmen zu können, weil das ordentliche Budgetverfahren für das Jahr 2019 bereits abgeschlossen sei. Der Kanton Solothurn verweist in seiner Absage darauf, dass der Kanton selber ein grösseres eGovernment-Projekt umsetze und keine Ressourcen zur Verfügung stünden. Der SSV unterstützt das Projekt, nimmt aber als Verband nicht an den Gesprächen teil. Die Teilnahme wird den Mitgliedern überlassen. Die Stiftung Switch unterstreicht in seiner Absage, dass sein Fokus auf der Lehre und Hochschule liege. Für den Kanton Waadt sind die offenen organisatorischen und finanziellen Fragestellungen zu klären, bevor dieser an Gesprächen teilnehmen würde. Der VZGV begrüsst die Vertretung des Kantons Zürich (ZH) an den Gesprächen und nimmt deshalb selber nicht teil.

21 Teilnehmer (ALV, BAR, BE, BE St., BIT, BS, BSV, ESTV, GL, IG ICT, ISB, LU, LU St., SBFI, SI St., UR, UVEK, WIN St., ZAS, ZH, ZH St.) wollen an den ersten Gesprächen zur Konstituierung einer Trägerschaft teilnehmen.

7 Teilnehmer (AR, EJPD, GE St., GR, JU, BL, SGV) unterstützen das Vorhaben, einen nationalen Identitätsverbund Schweiz umzusetzen, nicht. Bei 2 Teilnehmern (AR, GR,) sind die finanziellen und/oder personellen Ressourcen aktuell nicht vorhanden, um über eine Teilnahme an der Trägerschaft zu entscheiden. Für 2 Teilnehmer (AR, JU) steht das vorgestellte Projekt IDV-Schweiz in Konkurrenz zur SwissID⁵. Diese gelte bei den interessierten Kreisen als etabliert und entspreche den Anforderungen des neuen E-ID-Gesetzes. Für 2 Teilnehmer (JU, EJPD) bestehe aufgrund des neuen E-ID Gesetzes kein Bedarf für den IDV. Für einen Teilnehmer (GE St.) sind aktuell noch zu wenig Informationen über die Finanzierung und die Organisation vorhanden.

⁴ Bericht_Situationsanalyse_IDV_Schweiz_v1.0

⁵ Die SwissID ist eine Initiative der privatrechtlichen SwissSign AG. Sie ist eine digitale Identität, mit welcher sich ein Bürger bei einem Swiss-ID-Anbieter einloggen kann. Die Interoperabilität unter den SwissID-Anbieter wird durch einen Broker gewährleistet.

4.2 Technisches Konzept

Der Aufbau einer zentralen Infrastruktur auf nationaler Stufe, wie er im technischen Konzept von IDV-Schweiz beschrieben wird, findet mehrheitlich Zustimmung. Insgesamt 19 Teilnehmer haben sich diesbezüglich geäußert, wovon 13 Teilnehmer das technische Konzept des Aufbaus einer zentralen Infrastruktur grundsätzlich unterstützen. 12 Teilnehmer bemängeln das technische Konzept oder einzelne Elemente davon. Von den bemängelnden Teilnehmern sind 6 Teilnehmer, die dem Aufbau einer zentralen Infrastruktur jedoch grundsätzlich zustimmen. Für 3 Teilnehmer sind die Vorteile des IDV-Schweiz im Bereich Government to Government zu sehen. Um durchgängige Services auf nationaler Ebene zu ermöglichen, sei es wichtig, einen nationalen Broker bereitzustellen. 2 Teilnehmer befürchten eine mangelnde Interoperabilität zwischen neuen E-ID-Lösungen und bewerten den IDV als unumgänglich. 3 Teilnehmer merken an, dass der IDV für die Umsetzung des neuen E-ID-Gesetzes keine Notwendigkeit sei. 4 Teilnehmer bemängeln, dass auch Identifikationssysteme aus sozialen Medien als Identitätsgeber möglich seien. Die Abgrenzung zur SwissID ist für 9 Teilnehmer zu wenig klar definiert. Ein Teilnehmer steht dem Konzept kritisch gegenüber und würde eine Neuorientierung begrüßen.

13 Teilnehmer (BE, BS, GE St., IG ICT, NW, OW, SO, SSGI, SSV, SWITCH, VD, VZGV, ZH) begrüßen den Aufbau einer zentralen Infrastruktur auf nationaler Stufe um die Identifikationsmöglichkeiten, die den Zugriff auf Behördendienstleistungen und die elektronische Zusammenarbeit unter den Behörden vereinfacht, zu vereinen. Unter den 13 Teilnehmern, die das technische Konzept begrüßen, bemängeln 6 Teilnehmer (BE, BS, NW, OW, SSGI, VD) einzelne Teile davon (siehe unten).

Der IDV Schweiz ermöglicht, dass kantonale oder kommunale IT-Service-Betreiber nur noch eine Schnittstelle für das Berechtigungsmanagement zu Applikationen bedienen müssen. Ein Teilnehmer (SSGI) erkennt darin den grossen Vorteil des IDV-Schweiz. Damit können die Kosten, wie auch die Komplexität für zukünftig Bürgerdienstleistungen reduziert werden. 3 Teilnehmer (VZGV, IG ICT, ZH), sehen die Vorteile insbesondere im Bereich Government to Government. Damit die Services auf nationaler Ebene durchgängig sind, sei es wichtig, einen nationalen Broker bereitzustellen. Als Beispiele für die Notwendigkeit eines solchen IDV-Brokers werden das elektronische Einbürgerungsverfahren oder auch der eUmzug genannt.

Gemäss der Botschaft zum neuen E-ID-Gesetz⁶ ist mit einer Vielzahl von E-ID-Lösungen zu rechnen. 2 Teilnehmer (BS, SSV), darunter der Schweizerische Städteverband, befürchten deshalb eine mangelnde Interoperabilität unter den neuen E-ID-Lösungen. Der Bedarf für einen IDV in der Schweiz werde gerade durch das neue Gesetz begründet. Bei vielen unterschiedlichen IdPs sei ein nationaler Broker unumgänglich.

12 Teilnehmer bemängeln das technische Konzept von IDV-Schweiz, wie es in der Situationsanalyse⁴ vorgestellt wurde (AR, BAR, EJPD, FR, GE, JU) oder einzelne Teile davon (BE, BS, NW, OW, SSGI, VD).

3 Teilnehmer (AR, EJPD, JU) merken an, dass der IDV für die Umsetzung des neuen E-ID-Gesetzes keine Notwendigkeit sei. Für diese Teilnehmer werde der IDV langfristig überholt. Das EJPD sieht die Bestätigung dieser Aussage darin, dass der IDV Schweiz im E-ID-Gesetz nicht berücksichtigt wurde.

Das Ziel des Identitätsverbundes ist, mit möglichst vielen unterschiedlichen Identifikationssystemen zu interagieren. Der IDV-Schweiz ermöglicht die Interaktion mit den Identifikationssystemen der Behörden innerhalb der Schweiz. 2 Teilnehmer (EJPD, FR) identifizieren jedoch einen gegenläufigen Trend, hin zu einer einzigen staatlich anerkannten E-ID und damit zu einer standardisierten elektronischen Identität.

⁶ Botschaft zum Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste, SR 18.049

4 Teilnehmer (NW, OW, SSGI, VD) bemängeln am Konzept des IDV Schweiz, dass unter den verschiedenen Identifikationssystemen auch Systeme von sozialen Medien wie namentlich Facebook, Google oder Twitter als Identitätsgeber möglich seien. Es bestehe damit die Gefahr, dass persönliche Daten dadurch auch ins Ausland gelangen. Problematisch wäre dies insbesondere, wenn das Konzept IDV-Schweiz auch Zugriffe auf e-Patientendossiers zuliesse. Der Kanton Waadt fordert, dass der IDV nur staatlich zertifizierte Identifikationsmöglichkeiten berücksichtigt.

Für den Kanton Jura sind die unterschiedlichen Identifikationsniveaus der «Identity Provider» (IdP) möglicherweise nicht kohärent. Beispielsweise könne die SwissID, die auf OpenID-Connect (OIDC) basiert, nicht mit dem IDV kompatibel sein.

Für 9 Teilnehmer (AR, BAR, BE, BS, EJPD, JU, NW, OW, SSGI) ist die Abgrenzung zu anderen Services, wie der SwissID oder dem «electronic identity and access management» (eIAM) nicht klar definiert. Das Ziel der SwissID sei es, gemäss dem neuen E-ID-Gesetz verschiedene Identifikationsmöglichkeiten zu vereinen. Damit könne eine Konkurrenzsituation zwischen dem staatlich getriebenen IDV-Schweiz und der privaten Initiative SwissID entstehen. Der Kanton Basel-Stadt (BS) würde eine Abstimmung mit den anderen Anbietern einer E-ID begrüßen, um mögliche Redundanzen und Überschneidungen der Funktionalitäten zu verhindern. 2 Teilnehmer (BE, FR) orientieren sich bereits jetzt an der etablierten Identifikationsmöglichkeit SwissID.

Der Kanton Genf steht dem aufgezeigten technischen Konzept kritisch gegenüber. Er würde eine Neuorientierung des Projekts und die Einführung eines erweiterten Behördenaustauschs zwecks Vereinheitlichung der Identifikationsanforderungen auf politische Ebene begrüßen.

4.3 Sicherheit und Datenschutz

Die Sicherheit und der Datenschutz des IDV-Schweiz ist für die Teilnehmer noch zu wenig präzisiert. Insgesamt hat sich dazu ein Teilnehmer geäußert. Dieser fordert eine weitere Präzisierung der gesammelten Daten, da nicht klar ist, welche Daten durch den IDV gesammelt werden.

Für den Kanton Waadt (VD) ist eine Infrastruktur mit hohem Datenschutz erforderlich. Die Interoperabilität der Identifikationssysteme soll ohne Durchlässigkeit der persönlichen Daten gewährleistet sein. Ausschliesslich diejenigen Informationen, die für das Login benötigt werden, sollen übertragen werden können.

Für den Kanton Waadt (VD) sollte die Datensammlung des IDV weiter präzisiert werden. Zurzeit, sei es noch nicht klar, ob und welche Daten durch den IDV gesammelt werden.

4.4 Kosten des Projekts

Die Kosten des Projekts werden im Verhältnis zum Nutzen von den Teilnehmern als zu hoch eingeschätzt. Dazu haben sich insgesamt 10 Teilnehmer geäußert. Der Nutzen des IDV ist für 3 Teilnehmer zu wenig gross, für einen Teilnehmer nicht abschliessend zu erkennen und ein Teilnehmer sieht die Kosten als zu tief ausgewiesen. Insgesamt 5 Teilnehmer können frühestens Gespräche über die Gründung einer Trägerschaft im Jahre 2020 führen. Als Hauptgrund für den zu kleinen Nutzen wird der geringe Nutzerkreis angegeben.

Die zukünftige Finanzierung und die Konstituierung der Trägerschaft waren die Kernfragen der Umfrage. Die Voraussetzung für eine Gesprächsteilnahme ist die Verfügbarkeit von notwendigen Mitteln. 5 Teilnehmer (AR, GR, NW, OW, SSGI) teilen mit, dass das ordentliche Budgetverfahren für das Jahr 2019 bereits abgeschlossen sei. Deshalb könnten sie frühestens im Jahr 2019 an Gesprächen über die Gründung einer Trägerschaft im Jahre 2020 teilnehmen. Der Kanton Solothurn (SO) teilt mit, dass seine Ressourcen aufgrund eines eigenen grösseren E-Government-Projekts für längere Zeit gebunden seien.

3 Teilnehmer (NW, OW, SSGI) bemängeln, dass der Nutzen des IDV zu wenig gross sei. Der Grund dafür liege darin, dass beispielsweise Anwendungen des EJPD oder das e-Patientendossier höhere Sicherheitsanforderungen (PKI) an die Identifikation stellen als andere Behördendienste. Auf diese Behördendienste könne mit der aktuellen Sicherheitsstufe nicht zugegriffen werden. Dadurch verringere sich der Nutzerkreis auf weniger Behörden und deren direkten Anwender. Die Investitionskosten seien deshalb nicht genügend gerechtfertigt.

Der Kanton Bern (BE) erklärt, dass er die Kosten und den Nutzen angesichts zahlreicher anderer Initiativen nicht abschliessend zu erkennen vermöge.

Nachdem der Bund mit dem neuen E-ID-Gesetz den Bedarf des IDV unterstreiche, sieht der Schweizerische Städteverband (SSV) den Bund zur Mitfinanzierung verpflichtet.

Der Kanton Waadt (VD) kritisiert die in der Situationsanalyse dargestellte Finanzierung. Das Finanzierungskonzept schafft nicht die nötigen Garantien, um sich für eine Unterstützung des Konzepts entschliessen zu können. Die Kostenschätzung sei zu unsicher und wenig realistisch. Die Personalkosten würden nicht differenziert ausgewiesen, sondern für alle unterschiedlichen Positionen im Projekt mit CHF 200'000/a pro Person - unabhängig derer Funktion - berechnet. Die geplanten Kosten für die Sicherheit erscheinen im Verhältnis zu den Aufwendungen für Marketing als zu tief veranschlagt.

Der Kanton Jura (JU) merkt an, dass die Kosten insgesamt zu tief geschätzt werden. Die Bereitstellung eines 24-Stunden-Supports sei für einen solchen Service nötig und würde deshalb höhere Kosten verursachen.

Der Kanton Waadt (VD) betont, dass mit der Umsetzung des IDV Schweiz weitere Kosten entstünden, beispielsweise für Personal, das für die Entwicklung innerhalb der angeschlossenen Verwaltungen eingesetzt werden müsse. Diese zusätzlichen Kosten seien in der Situationsanalyse nicht ausgewiesen.

Die vorgeschlagene Kostenverteilung⁷ (Kostenverteilung anhand der Einwohner pro Kanton) innerhalb der Trägerschaft scheint unvorteilhaft zu sein. Der Kanton VD argumentiert, dass seine Bevölkerung verhältnismässig älter sei und damit die Anzahl Anwender von IDV-Schweiz geringer ist. Er merkt weiter an, dass zusätzlich zur kurzfristigen Finanzplanung eine Darstellung der längerfristigen finanziellen Auswirkungen fehlt.

4.5 Organisation und Trägerschaft

Dem Vorschlag, eOperations als Betriebsorganisation einzusetzen, wird mehrheitlich zugestimmt. Insgesamt haben sich zur Organisation und Trägerschaft 8 Teilnehmer geäussert. 3 Teilnehmer bemängeln grundsätzlich, dass der IDV-Schweiz von einer staatlichen Institution getragen werden soll. Die Schaffung eines strategischen Beirats würden 3 Teilnehmer begrüssen. Eine Abstimmung und Klärung offener Fragen sehen 3 Teilnehmer als wichtigen Schritt zur Umsetzung. Sie sehen möglicherweise eine Konkurrenz zu privaten Anbietern, wie der SwissID. Zu eOperations als Betriebsorganisation haben sich 4 Teilnehmer geäussert. Ein Teilnehmer betont, dass eine solche Trägerschaft zwingend von der öffentlichen Hand getragen werden müsse. Die weiteren 3 Teilnehmer sprechen sich für eOperations als Betriebsorganisation aus. Es wird kein anderer Vorschlag für eine mögliche Betriebsorganisation gemacht.

Für 3 Teilnehmer (NW, OW, SSGI) stellt sich die Grundsatzfrage, ob der IDV überhaupt von staatlichen Institutionen finanziert und über eine Trägerschaft von Kantonen und Gemeinden betrieben werden soll. Die Nutzniesser des IDV seien die Bürgerinnen und Bürger, Einwohnerinnen und Einwohner oder die Verwaltungsangestellten der Gemeinden, Kantone oder

⁷ Bericht Situationsanalyse IDV Schweiz v 1.0, Seite 19

des Bundes. Es sei möglich, dass diese langfristig ihre digitalen Identitäten von privaten Anbietern wie der SwissID erhalten und damit der Bedarf eines staatlichen IDVs an Bedeutung verliere.

3 Teilnehmer (FR, SSV, VD), würden die Schaffung eines strategischen Beirats im weiteren Verlauf des Projekts begrüßen. Vor der Umsetzung erachten diese Teilnehmer eine politische Abstimmung zur Klärung der noch offenen Fragen als wichtigen Schritt.

Der Betrieb von IDV-Schweiz soll an eine Betriebsorganisation, die Gesellschaft eOperations, übergeben werden. eOperations wird durch die Schweizerische Informatikkonferenz (SIK) im Rahmen des Schwerpunktplans E-Government Schweiz auf- und ausgebaut. Insgesamt 4 Teilnehmer haben dazu Stellung bezogen. Der Kanton Waadt (VD) betont, dass die Trägerschaft des IDV-Schweiz zwingend von der öffentlichen Hand getragen werden müsse. Entweder ist sie mit einer öffentlichen Verwaltung verbunden oder als öffentlich-rechtliche Anstalt organisiert. 3 weitere Teilnehmer (SSV, VZGV, ZH), sprechen sich für eOperations als Betriebsorganisation aus. Der Kanton Zürich hat mit eUmzug massgeblich zur Gründung von eOperations beigetragen. Eine andere Option als eOperations für die Betriebsorganisation des IDV-Schweiz wird in keiner Stellungnahme vorgeschlagen.

4.6 Synergien zu anderen Projekten

Eine Abstimmung mit anderen Projekten wird mehrheitlich begrüsst. In den eingereichten Stellungnahmen werden viele umgesetzte Projekte erwähnt. Insgesamt haben sich 5 Teilnehmer dazu geäußert. 3 Teilnehmer erachten eine Abstimmung mit anderen Projekten als wichtig. Die Stiftung «SWITCH» erachtet den IDV als möglichen Multiplikator für weitere Anwendungsfälle, die ähnliche Eigenschaften wie SWITCH aufweisen. Ein Teilnehmer hat bereits eine ähnliche Infrastruktur umgesetzt.

Eine Abstimmung mit bereits etablierten Systemen und Projekten wird durch 3 Teilnehmer (NE, VD, ZH) als sehr wichtig erachtet. Namentlich werden die Projekte Föderation von Identitätsdiensten für den Bildungsraum Schweiz (FIDES), SWITCH, Justitia 4.0, sowie der eUmzug im Kanton Zürich genannt. Der Kanton Waadt bezeichnet SWITCH als Service, welcher bereits die Identifikation auf Hochschulniveau in der Schweiz vereint.

Für SWITCH könnte der IDV als Multiplikator für Anwendungsfälle von Services wie SWITCH im Hochschulbereich agieren, indem die vorhandenen Services eingebunden werden. Damit werde die Möglichkeit geschaffen, Services wie SWITCH einer Vielzahl von Behördendiensten zur Verfügung zu stellen.

Der Kanton Zürich (ZH) hat mit der Einführung eines IAM Gateways für Zürcher Gemeinden bereits eine ähnliche Infrastruktur auf kantonaler Ebene umgesetzt.

5 Anhang I: Liste der Teilnehmer an der Umfrage

1. Kantone

AR	Kanton Appenzell Ausserrhoden	Finanzdepartement
BL	Kanton Basel-Landschaft	Landeskanzlei
BS	Kanton Basel-Stadt	Staatskanzlei
BE	Kanton Bern	Finanzdirektion – KAIO
FR	Kanton Freiburg	Finanzdirektion - FIND
GE	Kanton Genf	Direction générale des systèmes d'information
GL	Kanton Glarus	Staatskanzlei
GR	Kanton Graubünden	Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit
JU	Kanton Jura	Finanzdepartement
LU	Kanton Luzern	Dienststelle Informatik
NE	Kanton Neuenburg	Staatskanzlei
NW	Kanton Nidwalden	ILZ Informatik-Leistungs-Zentrum
OW	Kanton Obwalden	ILZ Informatik-Leistungs-Zentrum
SO	Kanton Solothurn	Staatskanzlei
UR	Kanton Uri	Standeskanzlei
VD	Kanton Waadt	Staatskanzlei
ZH	Kanton Zürich	Staatskanzlei

2. Bundesämter und Departemente

ALV	Arbeitslosenversicherung
BIT	Bundesamt für Informatik
BSV	Bundesamt für Sozialversicherung
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
ESTV	Eidgenössische Steuerverwaltung
ISB	Informatikdienst des Bundes
BAR	Schweizerisches Bundesarchiv - Projekt Open-Government-Data (OGD Suisse)
SBFI	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI
UVEK	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
ZAS	Zentrale Ausgleichsstelle

3. Gesamtschweizerische Dachverbände

IG ICT	IG ICT Zürcher Gemeinden
SGV	Schweizerischer Gemeindeverband
SSV	Schweizerischer Städteverband
SSGI	Schweizerische Städte- und Gemeindeinformatik
VZGV	Verein Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute

4. Städte und Gemeinde

BE St.	Stadt Bern
GE St.	Stadt Genf
LU St.	Stadt Luzern
SI St.	Stadt Sion
WIN St.	Stadt Winterthur
ZH St.	Stadt Zürich

5. Weitere interessierte Kreise

SWITCH	Stiftung SWITCH edu-ID
--------	------------------------

6 Anhang II: Liste der Organisationen, die an den Gesprächen zur Trägerschaft von IDV teilnehmen wollen

	Institution	Name	Vorname	Funktion	Mail
ALV	Arbeitslosenversicherung	Meier	Urs	Projektleiter IAM ALV	michael.indermuehle@seco.admin.ch
BAR	Schweizerisches Bundesarchiv - Projekt Open-Government-Data (OGD Suisse)	Cochard	Jean-Luc	Responsable Informatique	jean-luc.cochard@bar.admin.ch
BE	Kanton Bern, Amt für Informatik und Organisation KAIO	Jakob	Beat	Amtsleiter	beat.jakob@fin.be.ch
BE St.	Stadt Bern	Brechbühl	Roland	Programmleiter E-Government	roland.brechbuehl@bern.ch
BIT	Bundesamt für Informatik	Perroud	Thierry	Leiter Unternehmensarchitektur	thierry.perroud@bit.admin.ch
BS	Kanton Basel-Stadt	Ackermann	Elisabeth	Präsidentin	staatskanzlei@bs.ch
BSV	Bundesamt für Sozialversicherung	Lamit	Leila	Leiterin Bereich Standards, Informationssysteme und Datenaustausch im BSV	leila.lamti@bsv.admin.ch
ESTV	Eidgenössische Steuerverwaltung	Lehmann	David	Plattform Digitalisierung ESTV	david.lehmann@estv.admin.ch
ESTV	Eidgenössische Steuerverwaltung	Dijkgraaf	Hans	Plattform Digitalisierung ESTV	Hans.Dijkgraaf@estv.admin.ch
GL	Kanton Glarus	Rohr	Pierre	Leiter Abteilung Informatik	pierre.rohr@gl.ch
IG ICT	IG ICT Zürcher Gemeinden	Mazzocco	Andrea	Präsident	andrea.mazzocco@igict.ch
ISB	Informatikdienst des Bundes	Frutiger	Bruno	Leiter SD Infrastruktur und Sicherheit	Bruno.Frutiger@isb.admin.ch
LU	Kanton Luzern	Räber	Andreas	Dienststellenleiter, Dienststelle Informatik (DIIN) Kanton Luzern	andreas.raeber@lu.ch
LU St.	Stadt Luzern	Hodel	Markus	Leiter Zentrale Informatikdienste	markus.hodel@stadtluzern.ch
SBFI	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation	Leutheuser	Jens	IT-Projektleiter	Jens.leutheuser@sbfi.admin.ch
SI St.	Stadt Sion	Tacchini	Benoit	Responsable des systèmes d'information	b.tacchini@sion.ch

UR	Kanton Uri	Markus	Frösch	Koordinationsstelle für Organisationsentwicklung und E-Government	markus.froesch@ur.ch
UVEK	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	Krebs	Daniel	CIO Departement UVEK	daniel.krebs@gs-uvek.admin.ch
WIN St.	Stadt Winterthur	Asgar	Simon	Stadtschreiber	ansgar.simon@win.ch
ZAS	Zentrale Ausgleichsstelle	Hayek	Charbel	Chef de domaine - Unité Systèmes d'Information SI	charbel.hayek@zas.admin.ch
ZH	Kanton Zürich	Gasser	Mathias	Abteilungsleiter Betriebs-Management, Amt für Informatik	mathias.gasser@afi.zh.ch
ZH St.	Stadt Zürich	Gantenbein	Markus	Leiter Rechtsdienst	markus.gantenbein@zuerich.ch